

In der politischen Sackgasse: Formelkompromisse statt Fortschritte

Unter Bezugnahme auf hohe US-amerikanische Gewährspersonen berichtet „Haaretz“ am 28. Februar 2014, dass Ministerpräsident Benjamin Netanjahu am 03. März und Präsident Machmud Abbas am 17. März von Präsident Barack Obama im Weißen Haus empfangen werden. Dabei werde Obama entgegen dem Wunsch Netanjahus nicht Iran, sondern den Konflikt mit den Palästinensern in den Mittelpunkt rücken und beide Gesprächspartner fragen, wie sie sich nach dem Scheitern der Vermittlungsmission von Außenminister John Kerry verhalten würden.

Das gewünschte Rahmenabkommen – es soll bis Ende März vorliegen – solle detailliert die Grenzen des künftigen Staates Palästina einschließlich eines Gebietsaustauschs, für das Jordantal Sicherheitsvereinbarungen sowie die gegenseitige Anerkennung Israels als Nationalstaat des jüdischen Volkes und des Staates Palästina ansprechen, während die Probleme Ost-Jerusalem als palästinensische Hauptstadt und das Flüchtlingsproblem nur vage vorkommen würden. Nach dem Treffen am 19. Februar in Paris habe Abbas Kerry beschuldigt, dieser würde israelische Vorschläge als die seinen vorlegen. Sollte Abbas die Vorschläge Kerry ablehnen, sodas Blatt weiter, sei die palästinensische Nationalbewegung am Ende und von der internationalen diplomatischen Tagesordnung getilgt. Netanjahu und die politische Rechte würden als Sieger dastehen.

Am 02. März berichtet „Haaretz“ von einer dramatischen Intensivierung der Gespräche israelischer und palästinensischer Politiker, darunter von Justizministerin Tsipi Livni und dem Vorsitzenden der Arbeitspartei Itzhak Herzog sowie dem palästinensischen Chefdiplomaten Saeb Erakat, in Washington, um den Zusammenbruch der Verhandlungen abzuwenden. Die US-

Administration sei darum bemüht, Vorschläge zu erarbeiten, denen beide Seiten zustimmen könnten, wozu etwa statt einer schriftlichen Fixierung allgemeine verbale Aussagen gehören würden. Das Blatt zitiert einen hohen israelischen Repräsentanten dahingehend, dass die USA die Beteiligung am Friedensprozess solange aufgeben würden, so lange die Parteien ihre Zustimmung verweigern.

Nach einer repräsentativen Meinungsumfrage unter 534 jüdischen und arabischen Israelis vom 24./25. Februar genießt Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bei weitem Abstand mit 40 Prozent die meiste Unterstützung, gefolgt von Itzhak Herzog von der Arbeitspartei (14 Prozent), Außenminister Avigdor Lieberman (10 Prozent) und Finanzminister Yair Lapid (5 Prozent). Weiter ergibt die Umfrage, dass sich 52 Prozent dagegen aussprechen, dass Israel die Siedlungstätigkeit einstellt, um die Verhandlungen mit den Palästinensern fortzusetzen (37 Prozent stimmen dieser Bedingung zu), und 65 Prozent einen Vertrag mit den Palästinensern ablehnen, wenn diese Israel nicht als jüdischen Staat anerkennen, aber in allen übrigen Fragen eine Vereinbarung erreicht werden könne (27 Prozent stimmen dieser Bedingung nicht zu).

Belege: Barak Ravid: Obama the inquisitor vs. Netanyahu, Abbas, in „Haaretz“ 28.02.2014, S. 1; Barak Ravid: Israeli officials: U.S. pessimistic over March deal, in „Haaretz“ 02.03.2014, S. 1 f.
